



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 08.02.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 13.01.2011, 15:30 Uhr bis 18:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold	SPD
-----------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	Vertreter für Frau Hol- länder
Herr Herbert Gey	CDU	Vertreter für Herrn Ensmann, bis 17 Uhr anwesend
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Klaus Koke	CDU	Vertreter für Herrn Ensmann, ab 17.00 Uhr anwesend
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag vro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
------------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	bis 18.09 Uhr anwesend
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen	bis 17.15 Uhr anwesend
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	bis 17.13 Uhr anwesend
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.	
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	bis 17.24 Uhr anwesend
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln	

Verwaltung

Frau Dagmar Dahmen		32
Frau Brigitte Göttgens		15
Herr Klaus Müller-Starmann		50/0 JobCenter
Frau Johanna Preßmar-Cuber		V/1
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte	V/3
Frau Beigeordnete Henriette Reker		V
Herr Stephan Santelmann		50
Herr Michael Schleicher		56 + 5620
Herr Werner Stüttem		15

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer		V/1
---------------------	--	-----

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Michaela Diers	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Annelie Appelmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Der Vorsitzende Herr Paetzold verweist auf die aktuelle Tagesordnung, bei der die Zusetzungen kenntlich gemacht wurden.

Herr Paetzold schlägt vor, alle Punkte, die Mülheim 2020 betreffen, d.h. TOP 6.1 bis 6.4 und 13.3 zu Beginn der Sitzung zusammen zu beraten.

RM Frau Hoyer bittet darum, die TOP 4.8 und 4.10 auf die nächste Tagesordnung zu verschieben.

Frau Reker erklärt, die Verwaltung ziehe TOP 4.6 zurück, da die Mitteilung nicht mehr aktuell sei.

Die Ausschussmitglieder sind mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung
hier: Nachfrage von RM Frau Schmerbach
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Trinkräume für Köln - Mündliche Nachfrage von Frau Lerchner
4934/2010
 - 3.2 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik
Deutschland
5424/2010

- 3.3 Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser und Entwicklung des Zuzuges von Flüchtlingen nach Köln
5490/2010

4 Mitteilungen

- 4.1 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009
4812/2010
- 4.2 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets
4810/2010
- 4.3 Ehrenamt im benachteiligten Veedel - Dokumentation und Handlungsempfehlungen des Projektes "Niedrigschwelliger Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement in benachteiligten Stadtteilen"
4935/2010
- 4.4 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
5007/2010
- 4.5 Einsatz eines Nationworkers im Flüchtlingsbereich für die Personengruppe der Roma, Erfahrungsbericht
4941/2010
- 4.6 Ausführungsgesetz SGB II NRW
hier: Verteilung der eingesparten Wohngeldmittel des Landes an die Kommunen
4968/2010
- 4.7 Kombination des KölnPASSES mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
5068/2010
- 4.8 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010
- 4.9 Bildungs- und Betreuungslandschaft Finkenberg
5290/2010
- 4.10 Online-Schulabgängerbefragung in Köln
5004/2010

5 Wohnen

- 5.1 Mitteilung zur Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" in der Sitzung am 23.09.2010
hier: Beantwortung von zusätzlichen Fragen
4813/2010

- 5.2 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2009, Ausblick 2010
5034/2010
- 5.3 Anpassung der Kostenmieten für öffentlich geförderte Wohnungen zum 01.
Januar 2011
5101/2010
- 5.4 Seniorenfreundlichste Stadt - Anerkennung für Kölner Projekt
5188/2010
- 5.5 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: November 2010)
5315/2010
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 6.1 mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Programm Mülheim 2020
- 6.2 Anfrage von Herrn Helling zu TOP 6.1 der Sitzung vom 02.09.2010 "Informati-
on über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts MÜLHEIM 2020
aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mülheimer Job.Factory -
Aktiv Plus" 2364/2010"
4564/2010
- 6.3 Beantwortung der Anfrage AN/2027/2010 - "Projekt Mülheim 2020"
4692/2010
- 6.4 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln AN/2014/2010 - "Stand
Mülheim 2020"
4702/2010
- 7 JobCenter Köln**
- 7.1 Anfrage zu TOP 6.3 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Anfragen zum neuen
Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (4329/2010)
4832/2010
- 7.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4990/2010
- 7.3 Anfrage zu TOP 6.2 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Bericht der ARbeits-
GEmeinschaft - ARGE- Köln (4353/2010)
4906/2010
- 7.4 Strategisches Integrationsprogramm 2011 des Jobcenters Köln (SIP 2011)
0006/2011

- 7.5 Bericht des Jobcenters (JC) Köln
5362/2010
- 7.6 Anfrage zu TOP 6.4 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Sachstand SGB II -
Neuorganisation 2011 (4584/2010)
0018/2011
- 7.7 Anfrage zu TOP 6.1 der Sitzung vom 04.11.10 bez. Bericht der ARbeitsGE-
meinschaft (ARGE) Köln (3920/2010)
4887/2010
- 7.8 Beantwortung von Anfragen aus der Sondersitzung vom 14.12.2010 zum
Strategischen Integrationsprogramm 2011 des Jobcenters Köln (SIP 2011)
0064/2011

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 12/2010
5021/2010

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 10.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/ 0872 / 2010

1. Förderung entwicklungsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teil-
leistungsstörung

2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010

- 10.1.2 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532 / 2010

- 10.1.3 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010
AN/ 1984 / 2010

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom
27.10.2010 bez. Kürzungen im Bereich der ARGE Köln (AN/1984/2010)
0062/2011

- 10.1.4 Zwangsräumung
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28.10.2010
AN/ 2006 / 2010
- Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 28.10.2010
Zwangsräumung
5008/2010
- 10.2 Aktuelle Anfragen
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 11.1 Neufassung der Geschäftsordnung für die Bezirksarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der Stadt Köln
0586/2010
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 13.1 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Elektrogeräte für Leistungsempfänger aus den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII
5118/2010
- 13.2 Nachbesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit
5126/2010
- 13.3 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte
5396/2010
- 13.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburg Str. 1 und 4, 51103 Köln
4268/2010
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**
- 15.1 Pressemitteilung zum Thema Mittelzuweisung vom Land in Höhe von 72 Mio. €
hier: mündliche Anfrage von SE Frau Stahlhofen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung hier: Nachfrage von RM Frau Schmerbach

RM Frau Schmerbach fragt, wann mit der Erledigung der umfangreichen Nachfragen aus der Sitzung vom 04.11.2010 gerechnet werden könne.

Frau Reker teilt mit, die Nachfragen aus der Sitzung am 04.11.2010 konnten von der Fachverwaltung bis zur heutigen Sitzung nicht beantwortet werden, weil die Beantwortung einiger Nachfragen, nur durch Einbeziehung von externen Stellen und anderen Fachdienststellen möglich gewesen sei. So sei z. B. die Frage nach der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei den städtischen Gesellschaften (= Kliniken u. ä. sind NICHT Stadt Köln) dort nicht nur abgefragt worden, sondern es sei auch zu klären gewesen, ob dort keine Bedenken zur Veröffentlichung vorliegen (= Datenschutz). Außerdem sei die Frage nach den bewilligten Mitteln, die in 2009 nicht ausgezahlt wurden, vom Amt für Soziales und Senioren zu beantworten gewesen, da es sich um Mittel der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben handele.

Inzwischen seien jedoch, trotz der Weihnachtsferienzeit, in der die Bearbeitung aufgrund von Urlaubsvakanzen teilweise stoppte, alle Fragen beantwortet worden.

Frau Reker erklärt abschließend, die Fachverwaltung nehme derzeit die abschließende Bearbeitung vor und werde voraussichtlich in der Februar-Sitzung dem Ausschuss die Beantwortung vorlegen.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Trinkräume für Köln - Mündliche Nachfrage von Frau Lerchner 4934/2010

Die Beantwortung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland 5424/2010

Die Beantwortung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser und Entwicklung des Zuzuges von Flüchtlingen nach Köln 5490/2010

RM Frau Hoyer nimmt Bezug auf die städtische Unterbringungsverpflichtung und bittet um Auskunft darüber, wie viele Unterbringungen in Hotelzimmern erfolgen.

Herr Schleicher berichtet, seit dem 15.12.2010 habe die Verwaltung ca. 40 durchreisende Personen vorübergehend im Hotel untergebracht.

RM Herr Helling fragt, ob es Perspektiven angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen gebe, wann die Hotelunterbringung durch andere Formen der Unterbringung ersetzt werden könne.

Weiterhin verweist er auf die heutige Berichterstattung im Kölner Stadt-Anzeiger über die Notunterkunft Vorgebirgsstraße. Danach solle die Unterbringung der neuankommenden Flüchtlinge mit ungeklärtem Rechtsstatus in Containern erfolgen. Herr Helling bittet um Darstellung, ob und wie die Unterbringung von der Verwaltung geplant sei. Da die Containerunterbringung aus Erfahrungen in Kalk extrem negativ besetzt sei, regt Herr Helling an, besser eine andere Bezeichnung für die geplante Unterbringungsform zu finden.

Herr Helling bittet außerdem monatlich über den Stand der Flüchtlingsunterbringung zu berichten.

SB Frau Wilden kritisiert die Hotelunterbringung auf Kosten der Stadt Köln. Außerdem stelle die unerlaubte Einreise eine Straftat dar.

SB Herr Krücker spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, in der Unterbringungssituation nochmals viel zu unternehmen, um die rein räumliche Situation deutlich zu verbessern. Herr Krücker spricht sich ebenfalls für eine monatliche Berichterstattung im Ausschuss für Soziales und Senioren aus.

Herr Krücker bittet, die Standards zur sozialarbeiterischen Begleitung von Flüchtlingen darzustellen. Er fragt nach Standards, Ressourcen und wie das Verhältnis von sozialarbeiterischen Fachkräften zu betreuten Personen in den Wohnhäusern sei.

Frau Reker weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Umsetzung des Um- und Neubauprogramms leider noch nicht so weit sei, wie sie sein wollte. Dies sei dem Ausschuss bereits bekannt.

Frau Reker berichtet, dass zurzeit mehr Flüchtlinge nach Köln kommen als erwartet. Das führe dazu, dass die Einrichtungen stärker belegt werden, wodurch diese in Einfachbauweise errichteten Unterkünfte noch mehr leiden. Trotz intensiver Bemühungen der Verwaltung gebe es zurzeit keine neuen Unterkünfte. Auf Grund der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung sei die Verwaltung nunmehr gezwungen, auch auf unbeliebte Lösungen wie solche Containeranlagen zurückzugreifen.

Frau Reker begrüßt die Anregung der Ausschussmitglieder, sich regelmäßig mit diesem Thema auseinanderzusetzen, sowie die Unterstützung durch Herrn Oberbürgermeister Roters.

Nachfolgend erläutert Frau Reker kurz die derzeitigen Bedingungen, mit denen sich die Verwaltung auseinandersetzen müsse. Die Verwaltung versuche, in Zusammenarbeit mit den Trägern das Beste aus der jetzigen Lage zu machen. Eine Berichterstattung, wie sie heute in der Presse zu finden gewesen sei, helfe dabei allerdings nicht.

Herr Schleicher weist auf ein Gespräch mit der Geschäftsführung des DRK hin, bei der ein Konzept verabredet wurde, um der kurzfristig angestiegenen Zahl von Notmaßnahmen gerecht werden zu können.

Zunächst sei beabsichtigt, ca. 48 Betten als Notmaßnahme in der Nähe des Gebäudes aufzustellen, mit dem Ziel, sie eigentlich nicht benutzen zu müssen. Eine längere Verweildauer in diesen Containern als 4 Tage sei nicht gewollt. Dies sei jedoch immer noch besser, als Menschen ins Hotel zu bringen oder möglicherweise sehr eng unterzubringen.

Herr Schleicher berichtet zu dem beschlossenen Gesamtkonzept, dass ein Mehrbedarf von ca. 400 Betten für dieses Jahr errechnet worden sei. Dieser Mehrbedarf setze sich zusammen aus Objekten, die noch aufgegeben werden müssen, dem rechnerischen Mehrbedarf in der Dauerunterbringung (d.h. Zuweisungen für Köln) und die sogenannte vorübergehende Unterbringung, die erst im September angestiegen sei.

Herr Schleicher erläutert, zu dem Konzept gehören die Erweiterung der regulären Notaufnahme in der Vorgebirgsstraße und die Schaffung einer Reservenotaufnahme mit Containern in der Vorgebirgsstraße. Außerdem suche die Verwaltung sehr intensiv nach gezielten Projekten mit bis zu 50 Betten. Des Weiteren werde das Wohnungsvermittlungsprogramm verstärkt.

Nach diesen Vorstellungen müsste es der Verwaltung bei aller Beachtung der Kosten möglich sein, die gesetzliche Unterbringungsverpflichtung zu erfüllen.

Parallel hierzu laufe das Sanierungsprogramm der Verwaltung. Herr Schleicher berichtet, dass die Verwaltung neben den regulären Bauunterhaltungsmaßnahmen seit dem 15.12.2010 283 zusätzliche Unterhaltungsaufträge erteilt habe, um die Objekte ansprechbarer zu machen.

Herr Schleicher betont, es erfolge eine enge Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und die Verwaltung arbeite engagiert daran, die Missstände zu beseitigen.

Zu der Nachfrage von Herr Krücker zur sozialarbeiterischen Betreuung verweist Herr Schleicher auf die in der Sitzung am 02.12.2010 als Tischvorlage verteilte Gegenüberstellung. Eventuelle weitere Nachfragen werde Herr Schleicher gerne beantworten.

RM Herr Kienitz teilt mit, die CDU-Fraktion habe am 11.01.2011 eine schriftliche Anfrage zu diesem Themenkomplex im Integrationsrat gestellt. Er bittet, die Anfrage und Beantwortung auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

4 Mitteilungen

4.1 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009 4812/2010

RM Frau Lüttig fragt, warum sich die Zahlen bei den bewilligten Anträgen im ambulanten selbständigen Wohnen für Menschen mit seelischen Behinderungen erhöht haben.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

RM Frau Schmerbach berichtet aus ihrer Erfahrung, dass die Zahlen für seelische Erkrankungen ansteigen. Sie hält es für positiv, dass von der stationären auf ambulante Wohnformen umgestellt worden sei. Sie hoffe, dass diese Entwicklung weiter voranschreite.

In Zusammenhang auf die prekäre Wohnsituation in Köln verweist Frau Schmerbach auf das Bielefelder Modell. Hier sieht sie besonderen Handlungsbedarf.

Herr Schleicher erklärt hierzu, die Verwaltung habe mit der Kölner Wohnungswirtschaft intensive Gespräche geführt. In den nächsten Tagen gebe es hierzu auch eine interne Fachtagung, um zu klären, wie man schnellstmöglich aus dem Bielefelder Modell ein Modell für Köln machen könne. Die Sozial- und Wohnungsverwaltung beabsichtige, die Wohnungswirtschaft davon zu überzeugen, dass es sich hier um ein Zukunftsmodell handele.

4.2 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets 4810/2010

RM Herr Helling bittet um Auskunft, ob hierdurch das bisherige Tarifmodell bei der Bezuschussung von KVB-Fahrkarten, die sich im Wesentlichen auf die 4er-Karten und Abo-Monatskarten beziehe, für Köln beibehalten werden könne.

Weiterhin fragt Herr Helling, ob es bei Beibehaltung dieses Tarifmodells für Köln realistische Finanzierungschancen durch das Land gebe.

Herr Santelmann erklärt, zur Beantwortung sei eine Abstimmung mit der KVB und der Kämmerei erforderlich. Eine Antwort erfolge schriftlich.

4.3 Ehrenamt im benachteiligten Veedel - Dokumentation und Handlungsempfehlungen des Projektes "Niedrigschwelliger Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement in benachteiligten Stadtteilen" 4935/2010

RM Frau Hoyer ist verwundert darüber, dass Ehrenamtliche eher bei hochschwelligem Aufgaben gefunden werden. Sie bittet die Liga der Wohlfahrtsverbände um ihre Einschätzung hierzu.

SE Frau Blümel bestätigt, dass es in manchen Bereichen einfacher sei, für ganz anspruchsvolle Aufgabenfelder Ehrenamtliche zu gewinnen. Dies könne daraus resultieren, dass durch diese Aufgaben eine hohe Wertschöpfung für ehrenamtlich tätige Personen erfolgen könne.

RM Herr Helling hält dies für nachvollziehbar. Weiterhin erläutert er an einem Beispiel, dass es natürlich auch möglich sei, in niederschweligen Bereichen Ehrenamtliche zu mobilisieren.

Herr Helling erklärt, in der Steuerungsgruppe des Netzwerkes für bürgerschaftliches Engagement sei festgelegt worden, dass diese Angelegenheit nicht Endpunkt sondern Anfangspunkt für weitere Untersuchungen und Forschungstätigkeiten sein sollte. Man habe angefangen, die Thematik „Ehrenamt in benachteiligten Stadtteilen“ mit dieser Broschüre aufzuarbeiten, aber dies sei noch nicht abgeschlossen.

SB Herr Dr. Schulz schließt sich der Einschätzung von Herrn Helling an. Er weist darauf hin, dass es oft ein Ungleichgewicht zwischen dem tatsächlich geleisteten und dem dargestellten Ehrenamt gebe. Er hält den Blick, der durch die Broschüre entstehe, teilweise für ein wenig verzerrend.

4.4 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln 5007/2010

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.5 Einsatz eines Nationworkers im Flüchtlingsbereich für die Personengruppe der Roma, Erfahrungsbericht 4941/2010

SB Herr Dr. Schulz hält dies für einen ausgezeichneten Bericht, der viele wichtige Impulse festhalte. Es sei kaum zu glauben, dass alles, worüber hier berichtet werde, von einer Einzelperson geleistet werden könne. Natürlich könne der Nationworker auch auf unterstützende Netzwerke zurückgreifen.

Aus dem Bericht ergebe sich eine Menge an Möglichkeiten für die präventive Arbeit um Integrationserfolge zu verstärken und die Selbständigkeit der betroffenen Personengruppe zu unterstützen.

Für Herrn Dr. Schulz hat diese Arbeit große Bedeutung. Gerade der Integrationsaspekt sei hierbei herausragend.

Herr Dr. Schulz ist der Meinung, man sollte darüber nachdenken, ob solch integrative Ansätze auch in anderen Bereichen der Arbeit mit Flüchtlingen und Zuwanderern verstärkt werden können.

RM Frau Hoyer schließt sich der Auffassung von Herrn Dr. Schulz an.

Frau Hoyer fragt, nach messbaren Erfolgen, z.B. bei der Überzeugungsarbeit bei Männern, dass ihre Frauen an Sprachkursen teilnehmen können.

Außerdem bittet sie das Verfahren zur Vorrangprüfung näher zu erklären.

Zum Bleiberecht der ca. 600 Antragsteller, bittet Frau Hoyer die Perspektive darzustellen.

RM Frau Schmerbach ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Schulz, dass der Integrationsrat ein zweiteiliges Lotsenprojekt beschlossen habe. Sie fragt zu dem Teil, der die ARGE/JobCenter betreffe, ob aus diesen guten Erfahrungen ein Beschäftigungsprojekt installiert werden könne.

RM Herr Helling schließt sich dem Lob für die Arbeit des Nationworkers an.

Er fragt, inwieweit angesichts der riesigen Aufgaben und der umfangreichen Warteliste eine Stelle professioneller Art ausreichend sei oder ob ggf. eine zweite Stelle eingerichtet werden müsse.

Herr Schleicher teilt mit, das Konzept funktioniere nur bei einer ganz engen Vernetzung mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die das Tagesgeschäft erledigen. Bei der Personengruppe, die für diese besondere Tätigkeit geeignet seien, gebe es keine großen personellen Angebote. Auf Grund des großen Erfolges verweist Herr Schleicher auf ein weiteres Modell im Bereich der (Spät-)Aussiedler.

Bezug nehmend auf die Frage von Frau Hoyer hält Herr Schleicher eine Auswertung der Erfolgsquote für sehr schwierig. Natürlich sei der Erfolg ein wichtiger Punkt. Wichtig sei außerdem die enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt. Auch hier leiste der Nationworker den notwendigen Übersetzungscharakter, der für die Klärung der Frage erforderlich ist, warum es zu Hindernissen bei der Arbeitsaufnahme komme. Dies sei wiederum die Voraussetzung für ein längerfristiges Bleiberecht.

SB Frau Wilden ist der Auffassung, die Diskussion verfehle den Kern der Sache und erläutert dies näher.

SE Frau Eggeling schließt sich den Ausführungen von Herrn Schleicher an. Sie hält die Einbindung des Nationworkers für sehr positiv.

Frau Eggeling schlägt vor, dieses Projekt auf die Zielgruppe der hier lebenden Afrikaner auszuweiten.

SB Herr Dr. Schulz bestätigt die Anmerkung von Frau Eggeling. Er weist darauf hin, dass hierbei eine enge Zusammenarbeit des Wohnungsversorgungsbetriebes mit dem Ausländeramt erfolgen müsse. Diese Zusammenarbeit müsse auch im Hinblick auf eine Verstärkung der Integrationsleistung betrachtet werden.

Herr Müller-Starmann teilt Bezug nehmend auf die Frage von Frau Hoyer nach der Vorrangprüfung mit, es handele sich hierbei um eine Prüfung, ob sich ein Mensch am Arbeitsleben beteiligen dürfe. Zunächst werde geprüft, ob es für die zu besetzende Stelle keine Bewerber mit deutschem Pass gebe. Wenn dies nicht der Fall sei, dürfe sich der ausländische Bewerber ohnehin bewerben. Herr Müller-Starmann erklärt, in den vorliegenden Fällen verzichte man auf diese Prüfung.

Frau Dahmen ergänzt, die Vereinbarung, die mit der Bundesagentur für Arbeit im Jahre 2006/2007 getroffen wurde, sei auf Initiative eines Arbeitskreises entstanden, der unter der Federführung der Ausländerbehörde eingerichtet worden sei.

Die Ausländerbehörde lade jeden der ca. 600 Personen zu einem Beratungsgespräch ein, an dem auch der Nationworker teilnehme. Mit dem Nachfolgeprojekt von „Xenos“ werde geprüft, inwieweit die Personen eine bestimmte Qualifikation besitzen. Auf Basis dieser Qualifikation erfolge zum 31.12.2011 dann eine Perspektive für den Erhalt eines dauerhaften Bleiberechtes.

Darüber hinaus erklärt Frau Dahmen, sei vom Innenausschuss des Bundestages eine Initiative gestartet worden, dass das Bleiberecht über den 31.12.2011 hinaus verlängert werden könne. Es zeichne sich die Tendenz ab, dass dies auf der Innenministerkonferenz Ende 2011 thematisiert werde.

**4.6 Ausführungsgesetz SGB II NRW
hier: Verteilung der eingesparten Wohngeldmittel des Landes an die
Kommunen
4968/2010**

Diese Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen.

**4.7 Kombination des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
5068/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010**

Diese Mitteilung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

**4.9 Bildungs- und Betreuungslandschaft Finkenberg
5290/2010**

Herr Santelmann teilt eine Korrektur zu der vorliegenden Mitteilung zu Punkt 3.4 „Bürgerzentrum Finkenberg“ auf Seite 6 mit. Richtig müsse es heißen: Mit Verabschiedung des Haushaltes 2010/2011 wurde die zunächst beabsichtigte Absenkung des Zuschusses auf 93.975 € zurückgenommen, so dass die Einrichtung auch 2011 über einen ungekürzten Zuschuss von 104.000 € verfügt.

RM Frau Schmerbach nimmt Bezug auf die Tatsache, dass dem Bürgerzentrum die Räume nicht mietfrei zu Verfügung gestellt werden. Unklar sei ihr, ob es sich um eine

Bürgerbegegnungsstätte oder ein Bürgerzentrum handele. Außerdem fragt Frau Schmerbach, ob die Begegnungsstätte Finkenbergr nicht in die Bürgerzentren überführt werden sollte mit der Maßgabe, dass die Räume dann mietfrei zu Verfügung gestellt werden können. Sie bittet die Verwaltung hier um eine Prüfung.

Weiterhin nimmt sie Bezug auf die Plätze bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren. In Kindertagesstätten gebe es 36 Plätze, in diesem Jahr sollen noch 11 Plätze hinzu kommen. Angesichts des Anspruchs, präventive Arbeit leisten zu wollen, hält sie insgesamt 47 Plätze für 155 in Finkenbergr lebende Kinder für zu wenig.

Herr Santelmann teilt mit, die Frage zu den Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren werde an die Fachverwaltung weitergeleitet.

Herr Guth erklärt, Namensgebungen seien frei wählbar. In Finkenbergr handele es sich um eine Bürgerbegegnungsstätte. Herr Guth erklärt, ein Bürgerzentrum oder Bürgerhaus habe alle Verpflichtungen der Rahmenkonzeption und werde hauptberuflich geleitet. Die Immobilienverwaltung eines Bürgerzentrums erfolge durch das Amt für Soziales und Senioren. Es gebe die Verpflichtung, die Handlungsfelder und Angebotsvielfalt der Rahmenkonzeption umzusetzen.

Bei der Begegnungsstätte in Finkenbergr handelt es sich um eine ehemalige Altenbetreuungseinrichtung, die aufgrund der wechselnden Bedarfslage in eine Begegnungsstätte für alle Generationen umgewandelt wurde. Dabei habe die Verwaltung der Einrichtung nicht alle Verpflichtungen aus der Rahmenkonzeption auferlegen wollen.

Herr Guth begrüßt es, dass sich dieses Bürgerzentrum am Arbeitskreis der Bürgerzentren beteilige. Wenn die Entwicklung weiter so fortschreite und nach Klärung einiger baulicher Probleme, könne die Verwaltung auf die Anregung von Frau Schmerbach zurückkommen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, es werde deutlich, dass für die Weiterentwicklung von Finkenbergr geeignete Räumlichkeiten notwendig seien. Er kündigt hierzu eine Initiative der SPD-Fraktion an, die vorsehe, die Verwaltung mit einer Machbarkeitsstudie zur Schaffung geeigneter Räumlichkeiten für die Jugendarbeit und für generationsübergreifende Angebote zu beauftragen.

SB Herr Dr. Schulz weist auf das Hauptproblem in Finkenbergr hin und nimmt Bezug auf Seite 3 der Mitteilung. Hier werde von einem mangelnden Engagement der Immobilienbesitzer gesprochen sowie von Privatvermietern und Investoren, die in erster Linie Spekulationsinteressen verfolgen.

Herr Dr. Schulz ist verwundert darüber, dass es nach Auslaufen eines Projektes der Diakonie Michaelshoven keine mieterunterstützenden Maßnahmen mehr gebe. Diese seien jedoch dringend geboten. Er bittet die Verwaltung, die mieterunterstützenden Maßnahmen zu ermöglichen.

Weiterhin nimmt Herr Dr. Schulz Bezug auf die fehlenden Kinderspielplätze. Er sei verwundert über einen Fall, bei dem auf die Forderung, einen Spielplatz anzulegen, verzichtet worden sei. Der stattdessen vorgesehene Ausbau eines vorhandenen Spielplatzes sei bis heute noch nicht erfolgt. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, wann mit dem Ausbau zu rechnen sei.

Herr Santelmann sagt schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

RM Herr Helling hält es für wichtig, dass die Ausweitung von Förderungen unmittelbar an die Erfüllung von stadtteilspezifischen Anforderungen gekoppelt sein sollte. Er begrüßt die Initiative der SPD zur Schaffung weiterer Räume.

Herr Helling hält auch Frage der Mieterberatung für wichtig. Außerdem müsse eine weitere Diskussion über Gemeinwesenarbeit geführt werden. Er ist der Auffassung, dass Finkenbergr im Hinblick auf Gemeinwesenarbeit betreut werden müsse.

SB Frau Wilden hält den Stadtteil Finkenbergr für ein dauerhaftes Sanierungsprojekt. Fehlende Investitionen seien auf Grund der drohenden Verluste nicht verwunderlich.

4.10 Online-Schulabgängerbefragung in Köln 5004/2010

Diese Mitteilung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

5 Wohnen

5.1 Mitteilung zur Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" in der Sitzung am 23.09.2010 hier: Beantwortung von zusätzlichen Fragen 4813/2010

RM Frau Lüttig nimmt Bezug auf die Ausführungen zur One-Stop-Agency. Sie fragt, ob es nunmehr drei statt einer einzigen Anlaufstellen für Investoren geben solle, d.h. das Stadtplanungsamt, das Bauaufsichtsamt und das Amt für Wohnungswesen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5.2 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2009, Ausblick 2010 5034/2010

RM Herr Kienitz erklärt, unumstritten bestehe Bedarf nach neuem Wohnraum. Er fragt, vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, wie die Verwaltung die Lage beurteile und ob sie das sich selbst gesetzte Ziel von 1.000 Wohnungen erreichen könne.

Frau Reker nimmt Bezug auf die inzwischen geänderte Landesförderung, die natürlich auch Veränderungen des Ausblicks auf 2011 nach sich ziehen. Das Ziel der 1.000 neu zu bauenden Wohnungen werde die Verwaltung trotz allem weiterhin aufrecht erhalten.

Herr Schleicher erklärt zunächst zum Standard des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, dass es heute keinen sichtbaren Unterschied mehr zum frei finanzierten Wohnungsbau gebe.

Herr Schleicher kündigt eine Mitteilung der Verwaltung für die nächste Sitzung an. Darin werde die Verwaltung berichten, dass es im letzten Jahr Bewilligungen für 1.500 öffentlich geförderte Wohnungen hätte geben können, aber die Landesmittel hier nicht ausreichen und deshalb die tatsächliche Förderzahl geringer ist. Die geförderten Wohnungen seien durchweg von kleineren Investoren errichtet worden. Die GAG sei

hierbei nicht enthalten. Herr Schleicher betont, für Investoren bestehe durchaus das Interesse am Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum. Die erforderlichen Grundstücke hierfür seien auch vorhanden.

Herr Schleicher teilt mit, er werde in der nächsten Woche wieder beim Ministerium zum Thema der geänderten Landesförderung vorsprechen, da die Neuregelung für Köln nicht mehr die Förderung von 1.000 jährlichen Wohnungen ermögliche. Es seien hier harte Verhandlungen bezüglich der Bedarfs- und Verteilungssituation im Land NRW erforderlich. Herr Schleicher betont, die Verwaltung werde ihre Zielforderung von 1.000 Wohnungen nicht aufgeben.

RM Frau Hoyer, hält es auch für wichtig, dass die Vertreter der politischen Parteien diesbezüglich Unterstützung bieten.

SE Herr Corneth informiert, die Parteien im Landtag seien inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, dass bei der derzeitigen Zinslage die Verschönerung und Eigenheimförderung durchaus vernachlässigt werden könne. Man habe auch begriffen, dass es in Köln eine Sondersituation gebe, da hier eine Unterversorgung an bezahlbarem Wohnraum bestehe.

Herr Corneth hofft, dass es im Landtag parteiübergreifend möglich sein werde, Köln die Hilfe zukommen zu lassen, die benötigt werde.

5.3 Anpassung der Kostenmieten für öffentlich geförderte Wohnungen zum 01. Januar 2011 5101/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.4 Seniorenfreundlichste Stadt - Anerkennung für Kölner Projekt 5188/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.5 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: November 2010) 5315/2010

Herr Schleicher erklärt, der Mietspiegel weise im breiten Wohnungsmarkt eine Erhöhung von ca. 5 % aus. Allerdings macht er darauf aufmerksam, die Realität des Marktes liege wohl eher bei 10%. Der Mietspiegel solle eine gute Grundlage für den Abschluss neuer Mietverträge bieten.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Programm Mülheim 2020

RM Herr Helling stellt nachfolgend die Gründe dar, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Behandlung im Ausschuss für Soziales und Senioren für notwendig erachten.

Das Kerngebiet Mülheim habe überdurchschnittlich hohe Sozial- und Jugendhilfedaten. Es bestand die Erwartung, durch dieses integrierte und sehr teure Programm zu erreichen, dass sich die Daten auf ein für die Stadt Köln durchschnittliches Maß reduzieren. Zudem habe man sich vorgestellt, dass nach dem Programmablauf nach ca. 5 Jahren sogar langfristige und nachhaltige Änderungen in diesem Stadtteil zu erzielen seien.

Herr Helling betont, das Programm sei Mitte 2009 beschlossen worden. Durch die entstandenen Verzögerungen haben einzelne Programmpunkte, wie z.B. Stadtteilmütter, letztlich jedoch nur noch eine Laufzeit von Mai 2011 bis August 2014. Damit werde die Zeit für den ursprünglich vorgesehenen Programmablauf erheblich unterschritten. Herr Helling ist der Ansicht, dass damit zumindest die langfristige Nachhaltigkeit in Frage gestellt werde.

Herr Helling plädiert dafür, zwingend in diesem Ausschuss die Programmfortschritte mit zu verfolgen, da die permanente Verkürzung der einzelnen Bausteine die Nachhaltigkeit immer mehr gefährde.

Einer der Kritikpunkte in den beratenden Gremien sei die lange Planungszeit gewesen. Insgesamt bittet er um Information darüber, warum es fast 2 Jahre von der Beschlussfassung bis zur Realisierung erster Programmbausteine gebraucht habe.

Herr Helling informiert, der Ausschuss habe ein hohes Interesse an diesem Programm, weil die Hoffnung bestehe, bei einem Erfolg zu einem späteren Zeitpunkt vergleichbare Modelle in anderen Problemstadtteilen durchführen zu können.

Herr Helling spricht sich abschließend für eine monatliche Berichterstattung im Ausschuss aus.

SB Herr Krücker teilt weitgehend die Einschätzung von Herrn Helling. Er habe kein Verständnis dafür, dass es nach mittlerweile 19 Monaten noch nicht gelungen sei, auch nur einen Euro der bewilligten Mittel auszugeben und in die sozialpolitische Wirkung zu setzen. Jede weitere Verzögerung verkürze den Zeitraum des Programms nur noch.

Er fordert die Verwaltung auf, mit höchster Priorität daran zu arbeiten, das Programm in der Form, in der es geplant wurde, auch umzusetzen.

SB Herr Dr. Schulz erklärt, er sei ebenfalls sehr unglücklich über die enormen Zeitverluste, die bei der Umsetzung eingetreten seien. Leider komme dies auch in anderen Bereichen der Verwaltung bei der Umsetzung von derartigen Maßnahmen vor. Er schließt sich im Weiteren den Ausführungen von Herrn Helling an.

RM Frau Hoyer schließt sich dahingehend den Vorrednern an, dass die Verzögerung sehr bedauerlich sei. Die Auswirkungen seien evident. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass diese Verzögerungen einen Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern auslösen. Dies könne nicht im Interesse von Verwaltung und Politik sein.

Frau Göttgens stellt nachfolgend das Programm Mülheim 2020 vor und schildert den aktuellen Stand der einzelnen Projekte. Es handele sich hier um ein enorm komplexes

Programm mit sehr komplizierten Strukturen sowohl auf der Förder- als auch auf der Ausschreibungsseite der Projekte.

Frau Göttgens stellt klar, dass die Verwaltung ein hohes Interesse daran habe und mit hohem Arbeitseinsatz daran arbeite, dieses Programm so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Powerpoint-Präsentation und eine tabellarische Übersicht zum Sachstand der einzelnen Projekte sind als **Anlagen 1 und 2** dieser Niederschrift beigelegt.

SB Herr Krücker nimmt Bezug auf die Aussage der Verwaltung, dass die ersten Bewilligungen des Landes Ende 2009/Anfang 2010 eingegangen seien. Er fragt, nach den Gründen, die dazu geführt haben, dass im Laufe des Jahres 2010 die Bewilligungen nicht in Ausschreibungen umgesetzt werden konnten.

Frau Göttgens erklärt, es sei sicherlich schwer nachvollziehbar, dass die Umsetzung so viel Zeit erfordere. Sie betont nochmals, das Programm mit der Kombination von Förderansätzen (EU-Mitteln) und dem europaweit gültigen Vergaberecht habe sich als sehr komplex herausgestellt. Der Verwaltung fehlte es bislang an der notwendigen Erfahrung zur Umsetzung derartiger Fördervorhaben.

Es habe sich auch erst im Zuge der Bewilligungsphase herausgestellt, dass die Zuwendungsbescheide, die die Stadt erhalte, nicht einfach an Träger weitergeleitet werden konnten.

Frau Göttgens teilt mit, nach Bewilligung des gesamten Programms seien eine Reihe von Fragen zu beantworten gewesen, die sich im Vorfeld so nicht gestellt haben. Da es sich um eine äußerst komplexe Materie handle, habe dies eine gewisse Zeit in Anspruch genommen.

SB Herr Dr. Schulz hält die Notwendigkeit einer Einarbeitung in solch komplexe Materien für durchaus nachvollziehbar. Er berichtet über die Verfahrensweise beim europäischen Parlament. Daher solle die Verwaltung auch über andere Organisationsformen nachdenken, die das Projekt nicht nur für die Verwaltung, sondern auch die politischen Gremien greifbarer machen.

Herr Dr. Schulz bittet um Mitteilung, in welchen Fällen der vorzeitige Maßnahmenbeginn möglich sei.

Frau Göttgens teilt zur Organisationsstruktur des Projektes mit, die Federführung für das Programm habe das Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Die Amtsleiterin, Frau Kröger, sei daher Ansprechpartnerin für das Projekt betreffende Fragen. Innerhalb des Amtes gebe es ein Projekt-Team mit 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das Projekt zentral steuern und ebenfalls Fragen beantworten können.

In den Einzelprojekten arbeite das Projekt-Team eng mit den verschiedenen Fachämtern zusammen, wobei die Steuerung des Gesamtprogramms beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik liege, die Umsetzung der Einzelprojekte in den Fachämtern.

Einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn gebe es vor allem im Bereich der städtebaulichen Maßnahmen. Die Verwaltung arbeite dort auch auf Basis des vorzeitigen Maßnahmenbeginns.

RM Herr Kienitz fragt, wie die Verwaltung aus ihrer Sicht sicherstellen könne, dass im Projektzeitraum alle Mittel ausgegeben werden und keine Mittel verfallen.

Er bittet um Information, welche rechtlichen Möglichkeiten die Verwaltung sehe, bei verspätetem Projektbeginn einzelne Projekte länger laufen zu lassen, so dass das Problem des Mittelverfalls nicht auftreten könne.

Herr Kienitz regt an, dass Herr Oberbürgermeister Roters als zuständiger Dezernent an einer Sitzung des Ausschuss für Soziales und Senioren teilnehmen sollte, um weitere Fragen der Ausschussmitglieder beantworten zu können.

Frau Göttgens berichtet, die Verwaltung gehe davon aus, dass alle Projektmittel verwendet werden können. Eine detaillierte Darstellung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Zur Laufzeitverlängerung von Projekten teilt Frau Göttgens mit, dass die Verwaltung für die Projekte, die Ende 2009 bewilligt worden seien, eine Verlängerung bis Ende 2014 beantragt habe. Weitere Verlängerungen seien jedoch nicht möglich. Dies sei begründet mit der Förderphase EFRE, die bis 2013 gelte. Hier gebe es die N+2 Regelung. Frau Göttgens erläutert, das bedeute das Jahr 2013 plus zwei Jahre. Diese beiden Jahre sollen letzten Umsetzungsaspekten und der recht komplexen Abrechnung dienen.

SE Frau Stahlhofen fragt in Bezug auf die Problematik des Vergaberechts, warum auch die Zusammenarbeit der Verwaltung mit einer auf EU-Vergaberecht spezialisierten Kanzlei nicht zu einer schnelleren Umsetzung des Programms führen konnte.

Frau Göttgens berichtet, die Verwaltung arbeite seit Oktober 2010 in der Vorbereitung der Ausschreibung der einzelnen Projekte zusammen. Sie betont nochmals, auch mit einem Anwalt handele es sich um einen äußerst komplizierten Sachverhalt, inklusive Abstimmungsaufwand innerhalb der Verwaltung, um die Projekte so zu qualifizieren, dass sie dem EU-Vergaberecht standhalten.

RM Frau Hoyer betont im Hinblick darauf, dass solche Projekte nicht nur in Mülheim Anwendung finden sollen, sondern auch in anderen Sozialräumen, sei das Verhalten der Verwaltung eher reaktiv. Sie hält diese Situation für sehr unbefriedigend. Langfristig sollte überlegt werden, wie mit solchen Projekten und dem Informationsfluss zwischen Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung umgegangen werden sollte, um für künftige Projekte einen besseren Ansatz zu erreichen.

SE Frau Blümel bittet nochmals um eine konkrete Darstellung der langen Bearbeitungszeiträume.

RM Herr Helling verweist auf die Mitteilung der Verwaltung, dass in dem Übergang von Projektskizze zu Projektbeschreibungen die Fachämter beteiligt worden seien. Er fragt, ab welchem Zeitpunkt die Federführung der Fachämter beginne.

RM Frau Lüttig fragt, warum die Verwaltung nicht bereits früher die notwendige externe Hilfe herbeigeht habe.

Außerdem fragt sie, ob der vorgesehene Termin im Februar/März für die Zeitmaßnahme-Planung eingehalten werden könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, der Unmut der Ausschussmitglieder über die Verzögerung sei in den vorangegangenen Äußerungen sehr deutlich geworden. Wichtig sei die kontinuierliche Berichterstattung der Verwaltung in jeder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren.

Frau Göttgens sagt eine regelmäßige Information über die aktuellen Fortschritte in jeder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren zu.

Sie betont, über ein schnelleres Voranschreiten wäre die Verwaltung selbst sehr erfreut. Jedoch seien die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Sie bittet um Verständnis, dass sie nicht im Detail auf einzelne Arbeitsschritte der Verwaltung eingehen könne.

Frau Göttgens erklärt zur Frage des Übergangs der Federführung der Fachämter, der Stadtvorstand habe Ende 2009 ein Konzept zur Steuerung der Organisationsprozesse bei Mülheim 2020 beschlossen. In diesem Konzept sei eine Arbeitsteilung zwischen den Fachämtern und dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik niedergelegt worden. Diese sah eine Zuordnung einzelner Projekte zu den Fachämtern vor. Die fachliche Zuständigkeit sei damit relativ früh geregelt worden. Hierzu finde zurzeit eine Aktualisierung statt.

6.2 Anfrage von Herrn Helling zu TOP 6.1 der Sitzung vom 02.09.2010 "Information über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts MÜLHEIM 2020 aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mülheimer Job.Factory - Aktiv Plus" 2364/2010" 4564/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6.3 Beantwortung der Anfrage AN/2027/2010 - "Projekt Mülheim 2020" 4692/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6.4 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln AN/2014/2010 - "Stand Mülheim 2020" 4702/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7 JobCenter Köln

7.1 Anfrage zu TOP 6.3 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Anfragen zum neuen Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (4329/2010) 4832/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**7.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4990/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**7.3 Anfrage zu TOP 6.2 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Bericht der ARbeitsGEmeinschaft - ARGE- Köln (4353/2010)
4906/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**7.4 Strategisches Integrationsprogramm 2011 des Jobcenters Köln (SIP
2011)
0006/2011**

SB Herr Dr. Schulz erklärt, die Einarbeitungen in der Neufassung entsprechen den angeregten Präzisierungen und Änderungswünschen. Wesentlich sei die inhaltliche Weiterentwicklung des JobBörsen-Programms. Diese sei durchaus sinnvoll sei, wenn sie begründet werden könne und zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führe.

Für wichtig hält Herr Dr. Schulz auch die Option Job-Perspektive und die Aufrechterhaltung langfristig geförderter Beschäftigung.

Herr Dr. Schulz betont, das Integrationsprogramm sei an sich eine Absichtserklärung. Der Ausschuss sollte Wert darauf legen, dass das JobCenter quartalsweise darstelle, was von diesem Programm umgesetzt worden sei, was daraus folge und wie der jeweils aktuelle Stand sei. Dies würde einen großen Fortschritt gegenüber der bisherigen Berichterstattung darstellen.

Frau Reker teilt das Interesse von Herrn Dr. Schulz. Sie weist jedoch darauf hin, dass es sich durch die geänderten Rahmenbedingungen zukünftig jedoch nicht mehr um eine Mitteilung der Verwaltung handele. Die Verwaltung werde die Berichte des JobCenters analog der Berichte eines Trägers weiterleiten.

RM Herr Helling begrüßt die angekündigte regelmäßige Berichterstattung und die regelmäßige Teilnahme von Herrn Müller-Starmann an den Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Senioren, damit der Ausschuss auch weiterhin die lokale Beschäftigungspolitik in Köln begleiten könne.

Herr Helling hält die Neufassung des strategischen Integrationsprogramms mit der Übernahme der vielen Anregungen und Stellungnahmen aus dem Ausschuss für einen Fortschritt. Ein solch ausführlicher Bericht werde sicherlich im nächsten Jahr nicht mehr benötigt. Herr Helling spricht sich stattdessen für eine regelmäßige Berichterstattung und einen Auswirkungsbericht aus.

Herr Helling äußert sich zufrieden über die Ergänzung der Platzzahlen unter Punkt 8. Maßnahmenprogramm zu den bisher gelieferten reinen Planungszahlen.

7.5 Bericht des Jobcenters (JC) Köln 5362/2010

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, bei der Entwicklung der Transferausgaben in der Summe der passiven Leistungen als auch bei den Kosten der Unterkunft liege man in 2010 höher als 2009. Dies sei für ihn ein deutlicher Hinweis darauf, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt deutlich an den Langzeitarbeitslosen vorbeigehe. In diesem Zusammenhang stelle eine Kürzung des Integrationstitels einen negativen Einschnitt in die Handlungsmöglichkeiten des JobCenters dar.

Herr Dr. Schulz vertritt die Auffassung, da die Integrationsquote höher als erwartet sei, hätte man hier auch eine Verstärkung der Mittel vornehmen können. Auf eine sinnvolle Verwendung der gekürzten Mittel sei zu achten.

Herr Dr. Schulz verweist auf den geringen Auslastungsgrad bei den Ü 55-Maßnahmen. Hier sollte genauer geprüft werden, ob die angebotenen Maßnahmen passend und attraktiv seien.

Bezüglich der besseren Ausgestaltung der besonderen Zielgruppenangebote müsse eine weitergehende Diskussion in z.B. im Beirat geführt werden.

RM Frau Hoyer ist erfreut über die vorliegenden Zahlen.

Zu den Ausführungen zum Job-Speed-Dating fragt Frau Hoyer, ob das erfolgreich verlaufene Bewerbertraining alleine nicht ausreichend sei.

Frau Hoyer bittet um Verdeutlichung der Gesamtzahl zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Verträge zum 31.12.2010 ausliefen.

Außerdem fragt Frau Hoyer inwieweit Köln von der Entfristung der über 3.000 BA-Stellen des Bundes profitieren konnte.

Herr Müller-Starmann teilt mit, er sei der Überzeugung, dass das Job-Speed-Dating ein Erfolgsprojekt sei, da es eine langfristige Wirkung entfalte. Diese Wirkung sei bis heute immer noch spürbar. Die Maßnahme habe zum ersten Mal nach außen hin verdeutlicht, dass diese Menschen Potentiale haben. Über die weiteren Auswirkungen des Job-Speed-Dating werde das JobCenter berichten.

Herr Müller-Starmann bestätigt, dass das Bewerbungstraining auch sonst zu den regulären Angeboten für Menschen gehöre.

Herr Müller-Starmann erklärt zu den 3.000 BA-Stellen, dass in Köln ein häufiger Wechsel bei der Beschäftigung zwischen den beiden Trägern der ARGE nach Ablauf von Befristungszeiten stattgefunden habe. Dies habe zufälligerweise dazu geführt, dass vor der Etatisierung ein Großteil der Agenturmitarbeiter befristet endete und bei der Stadt befristet wieder neu eingestellt wurde. Die Maßzahl für die Frage, wie viele Stellen die jeweilige Organisation zur Entfristung erhalten habe, sei die Höhe des Befristungsanteils bei der Agentur für Arbeit gewesen. Dies habe dazu geführt, dass Köln lediglich 2 Stellen erhalten habe. Herr Müller-Starmann teilt mit, diese Verteilungsentscheidung des Bundes (BMAS) habe die ARGE zum Übergang in das JobCenter schwer getroffen.

Zur Frage von Frau Hoyer nach der Übernahme der Beschäftigten, deren Verträge ausgelaufen seien, teilt Herr Müller-Starmann mit, 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien wegen fehlender Eignung nicht übernommen worden. Insgesamt haben 30-35 Personen entschieden, dass sie an einer Weiterbeschäftigung bei der ARGE bzw. dem JobCenter Köln nicht interessiert seien. Herr Müller-Starmann erklärt, dies habe unter anderem damit zu tun, dass die ARGE diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oftmals nur eine befristete Beschäftigung mit einem Trägerwechsel anbieten konnte.

Die Betroffenen haben aus diesem Grund oftmals in andere ARGEn im Umland gewechselt.

Herr Müller-Starmann teilt abschließend mit, der Übergang von der ARGE ins Job-Center sei trotz all der Schwierigkeiten erstaunlich gut verlaufen.

SE Herr Corneth lobt den vergleichsweise guten und reibungslosen Übergang von der ARGE ins JobCenter.

7.6 Anfrage zu TOP 6.4 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Sachstand SGB II - Neuorganisation 2011 (4584/2010) 0018/2011

SE Frau Hollmann spricht ihren Dank für die Beantwortung aus. Sie hofft, dass durch die neue Bundesbeauftragte für Chancengleichheit solche Forderungen oder Ziele unter dem Gender-Aspekt forciert werden können.

7.7 Anfrage zu TOP 6.1 der Sitzung vom 04.11.10 bez. Bericht der ARbeits-GEmeinschaft (ARGE) Köln (3920/2010) 4887/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7.8 Beantwortung von Anfragen aus der Sondersitzung vom 14.12.2010 zum Strategischen Integrationsprogramm 2011 des Jobcenters Köln (SIP 2011) 0064/2011

RM Herr Helling fragt, wie viele Fallmanager/innen insgesamt im JobCenter beschäftigt seien und wie viele im DIMA-Bereich.

Herr Müller-Starmann teilt mit, im DIMA-Bereich seien 28 Fallmanager/innen plus zwei Leitungskräfte beschäftigt. Die Zahl der Fallmanager mit einer bescheinigten Ausbildung werde er nachliefern.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 12/2010 5021/2010

RM Frau Schmerbach weist auf den vor einigen Jahren gefassten Beschluss zum „Barrierefreien Köln“ hin. Sie bittet, in einer der nächsten Sitzungen das Konzept nochmals im Ausschuss für Soziales und Senioren vorzustellen. Weiterhin ist Frau Schmerbach wichtig, eine breite Diskussion zum Thema Barrierefreiheit zu führen und auch den Aspekt der Inklusion einzubeziehen.

Frau Reinecke nimmt diese Anregung gerne auf. Sie teilt mit, der Ratsbeschluss zum Handlungskonzept sehe vor, innerhalb von zwei Jahren einen Bericht über den Stand der Umsetzungen zu erstellen. Dieser Bericht werde im Laufe des Jahres fertig gestellt.

Frau Reinecke weist ergänzend auf eine Veranstaltungsreihe Thema „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ hin. Diese beginne am 03.02.2011 und ende mit einer Informationsbörse im Historischen Rathaus am 24.03.2011. Es sei gelungen, durch die Beteiligung der IHK, der Arbeitgeber Köln und der Handwerkskammer dieses Mal viel stärker die Arbeitgeberseite in die Veranstaltungsreihe einzubeziehen. Frau Reinecke hofft, dass sich durch diese Veranstaltung die Situation von Menschen mit Behinderung auf dem Kölner Arbeitsmarkt zumindest ein wenig bessern werde.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2010 AN/ 0872 / 2010

- 1. Förderung entwicklungsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teilleistungsstörung**
- 2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010**

RM Frau Schmerbach nimmt Bezug auf die Aussage in der Mitteilung, dass Köln im Unterschied zu vielen anderen Kommunen in den letzten Jahren das Angebot integrativer Kindertagesstätten in erheblichem Maße ausgebaut habe. Sie fragt hierzu, ob durch den Ausbau der Bedarf annähernd abgedeckt sei.

Frau Schmerbach betont, im Bereich der Frühförderung gebe es sehr viele Maßnahmen. Jedoch sei die Angebotsvielfalt nicht sehr übersichtlich. Sie regt an, für die Öffentlichkeit, bzw. Multiplikatoren und hilfeschuchende Eltern die bestehenden Angebote in vereinfachter Sprache und Form darzustellen.

Frau Reker sagt eine Weiterleitung der Anregung an die Fachverwaltung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold betont, seines Wissens gebe es im Jugendhilfeausschuss einen Antrag zu diesem Thema. Er bittet darum, den Antrag und die Ergebnisse auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren bekannt zu geben.

10.1.2 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"

**hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532 / 2010**

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die Mitteilung unter TOP 4.7 der heutigen Sitzung hin. Eine Beantwortung der Detailfragen aus der Anfrage stehe weiterhin noch aus.

10.1.3 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln

**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010
AN/ 1984 / 2010**

Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 27.10.2010 bez. Kürzungen im Bereich der ARGE Köln (AN/1984/2010) 0062/2011

SB Herr Krücker merkt an, bei der Tabelle auf Seite 3 stelle sich heraus, dass die passiven Leistungen im Zeitraum 2005 bis 2011 relativ konstant geblieben seien, wohingegen das Verwaltungskostenbudget sich beinahe verdoppelt habe.

Herr Müller-Starmann teilt mit der Grund hierfür sei, dass sich die Arbeit der ARGE bzw. des jetzigen JobCenters deutlich verbessert habe. Beim Start der ARGE habe die ursprüngliche Personalaufstellung sehr weit unter dem tatsächlichen Bedarf gelegen.

Allerdings sei der alleinige Vergleich zwischen den Verwaltungskosten und den passiven Leistungen täuschend. Herr Müller-Starmann gibt nachfolgend einige Erläuterungen hierzu. Er erklärt sich bereit, diese Ausführungen zur besseren Verdeutlichung schriftlich aufzuarbeiten und als **Anlage 3** der Niederschrift beizufügen.

10.1.4 Zwangsräumung

**hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28.10.2010
AN/ 2006 / 2010**

**Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom
28.10.2010
Zwangsräumung
5008/2010**

SE Frau Stahlhofen fragt, wie lange die persönliche Habe nach einer Zwangsräumung eingelagert werde.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

10.2 Aktuelle Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**11.1 Neufassung der Geschäftsordnung für die Bezirksarbeitsgemeinschaf-
ten Seniorenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der
Stadt Köln
0586/2010**

Beschluss:

Die Geschäftsordnung für die Bezirksarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik und die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der Stadt Köln wird wie in Anlage 1* vorgelegt beschlossen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über Elektrogeräte für Leis-
tungsempfänger aus den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII
5118/2010**

SE Frau Stahlhofen hält es für wichtig, dass der Anbieter die jeweils beste Effizienzklasse berücksichtige. Der bisherige Anbieter habe dies nicht entsprechend berücksichtigt.

Weiterhin sollte der Transport des Gerätes im Angebot enthalten sein.

RM Herr Helling erläutert hierzu, dass bei der erstmaligen Ausschreibung nicht die höchste Effizienzklasse ausgeschrieben worden sei, weil diese Produkte viel teurer gewesen wären. Damals sei eine mittlere Effizienzklasse ausgeschrieben worden.

Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es immer noch zutreffe, dass der Preisunterschied zwischen mittlerer und höchster Effizienzklasse so gravierend sei, dass man ihn nicht als Ausschreibungsvoraussetzung aufnehmen könne.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen. Die Verwaltung wird gebeten, die Frage zum Finanzausschuss zu beantworten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13.2 Nachbesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit 5126/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat benennt als Nachfolgerin für Frau Dr. Klein:

Frau Henriette Reker

als ordentliches Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln, für die seit 01.07.2010 laufende 12. Amtszeit des Ausschusses, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Stadtverwaltung Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13.3 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte 5396/2010

RM Frau Lüttig weist auf den Grundsatzbeschluss hin und fragt, warum die Beschlussvorlage in dieser Form nochmals in die Beratungsfolge durch die Gremien gehe.

Sie sei zudem besorgt, dass durch diesen Beschluss die einzelnen, noch folgenden Beschlussvorlagen nicht mehr in den Ausschuss für Soziales und Senioren eingebracht werden.

RM Herr Helling betont, eigentlich sei es das originäre Recht des Ausschusses für die Bausteine, die die unmittelbare Zuständigkeit des Ausschusses betreffen, eine Mitberatung und damit auch eine Beschlussfassung vorzusehen.

Vor dem Hintergrund des existierenden Zeitmangels müsse der Ausschuss für Soziales und Senioren jedoch auf das Recht der Mitberatung verzichten. Stattdessen müsse der Ausschuss zumindest regelmäßig sehr aktuelle Mitteilungen erhalten.

RM Herr Kienitz erklärt, die Ablehnung der Beschlussvorlage durch die CDU-Fraktion. Vor dem Hintergrund des grundlegenden Beschlusses sei auch eine Einbindung der Bezirksvertretungen in die Beratungsfolge wichtig. Allerdings sollten die Fachausschüsse ihre Einflussmöglichkeit gerade im Hinblick auf die vorangegangene Diskussion und die besondere Bedeutung dieses Programms behalten.

Herr Kienitz fügt hinzu, eine bloße Mitteilung an den Ausschuss sei im Projektverfahren insgesamt zu spät. Eine Einflussnahme als Fachausschuss sei damit nicht mehr gewährleistet.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt abschließend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates vom 05.05.2009 (Vorlage-Nr. 3493/2008) der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren. Dies gilt nicht für investive Projekte.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegen die Vorlage stimmt die CDU-Fraktion. Fraktion pro Köln enthält sich.

13.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburger Str. 1 und 4, 51103 Köln 4268/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat einstimmig die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt, vorrangig die Planung für den Neubau von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburger Str. 1 und 4, 51103 Köln (Gemarkung Vingst, Flur 1. Flurstücke 479, 3641) zu betreiben.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, ein Architekturbüro mit den Vorplanungen (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) auf der Basis der HOAI – Gebührenordnung Leistungsphasen eins bis vier Mindestsatz, zur Neubebauung mit öffentlich geförderten Wohnungen zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen von Fachingenieuren (Statiker, Vermesser, Bodengutachter, Schadstoffgutachter etc.) zur Beurteilung des Bauvorhabens einzuholen.

Zur Finanzierung der voraussichtlichen Planungskosten in Höhe von 190.000,00 € stehen im Teilfinanzplan 1004 – Wohnen, Haushaltsjahre 2010/2011, Mittel zur Verfügung. Der Rat beschließt die Freigabe der Mittel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

15 Anfragen

**15.1 Pressemitteilung zum Thema Mittelzuweisung vom Land in Höhe von 72 Mio. €
hier: mündliche Anfrage von SE Frau Stahlhofen**

SE Frau Stahlhofen berichtet über eine Pressemitteilung aus den letzten Tagen, dass Köln eine Mittelzuweisung vom Land in Höhe von 72 Mio. € erhalten werde. Hiervon werde ein großer Teil für die archäologische Zone verwendet werden.

Sie hält es für wichtig, zu prüfen, wie die im Sozialhaushalt gemachten Kürzungen von 12,5 Mio. € ggf. darüber zurückgenommen werden können.

Frau Stahlhofen kündigt hierzu eine schriftliche Anfrage ihrer Fraktion an.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 16 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 17 Beantwortungen von Anfragen**
- 18 Mitteilungen**
- 19 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 20 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 21 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 22 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 23 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 24 Anfragen**

Zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 24 liegt nichts vor.

(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)